

Beschluss Geplante Verschärfung der Versetzungsverordnung stoppen

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 24.04.2021
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

6436 Bündnisgrüne Politik setzt auf gemeinsames Lernen an Gemeinschafts- und
6437 Gesamtschulen. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns, allen Schüler*innen einen
6438 Bildungsabschluss zu ermöglichen, der ihren Möglichkeiten entspricht und sie für
6439 das Leben vorbereitet.

6440 Wir lehnen die von Bildungsminister Tullner (CDU) angekündigte Verschärfung der
6441 Versetzungsverordnung ab, die darauf zielt, Schüler*innen den Weg zu einem
6442 Realschulabschluss zu verbauen.

Begründung

Die geplante Verschärfung der Versetzungsverordnung führt in der Konsequenz dazu, dass Schüler*innen frühzeitig und verstärkte in Hauptschüler*innen und Realschüler*innen einsortiert werden. Diese Aufteilung von Schüler*innen führt insgesamt gesehen zu negativen Effekten auf den Bildungserfolg der Hauptschüler*innen. Studien bestätigen, dass ein früh gliederndes Schulsystem leistungsschwache Kinder benachteiligt und dass andererseits ein längeres gemeinsames Lernen ohne Trennung nach Haupt- und Realschüler*innen gleichzeitig nicht zulasten der Besseren geht.

Schule darf die Spaltung der Gesellschaft nicht länger begünstigen. Sie muss den Differenzen und der Kontaktlosigkeit zwischen gesellschaftlichen Gruppen entgegenwirken. Das gemeinsame Lernen findet in Gemeinschafts- und Gesamtschulen statt und deswegen sind diese zu unterstützen und zu fördern.

Gerade in Zeiten, in welchen Schüler*innen in besonderem Maße von den Auswirkungen der Coronakrise betroffen sind, z.B. durch soziale Isolation, reduzierten Unterricht und Schulschließungen muss Bildungspolitik, muss der Bildungsminister verantwortlich handeln und darf die Kluft zwischen Schüler*innen nicht noch vergrößern.